# ABWÄGUNG ZU DEN BEHÖRDEN UND TÖBS

Zur 22. Flächennutzungsplanänderung "Biesener Feld III"



Gemeinde Selfkant – Ortslage Höngen



## **IMPRESSUM**

August 2020 Entwurf zur Offenlage

Auftraggeber:

Entwicklungsgesellschaft Selfkant Am Rathaus 13 52538 Selfkant-Tüddern

Verfasser:

### VDH Projektmanagement GmbH

Maastrichter Straße 8, 41812 Erkelenz

T 02431 - 97 31 80

F 02431 - 97 31 820

E info@vdh.com

**W** www.vdh.com

i.A. M.Sc. Jens Döring

Projektnummer: 19-032



## **INHALT**

1	BEZ	RKSREGII	ERUNG ARNSBERG – ABT. 6 BERGBAU UND ENERGIE IN NRW
	1.1	Mit Sch	nreiben vom 20.07.2020
		1.1.1	Bergbau
		1.1.2	Sümpfungsmaßnahmen2
		1.1.3	Weitere Beteiligung
2	BF7	RKSRFGII	ERUNG KÖLN – DEZ. 33 LÄNDLICHE ENTWICKLUNG UND BODENORDNUNG
_	2.1		nreiben vom 08.07.2020
			Keine Bedenken
3			FÜR INFRASTRUKTUR, UMWELTSCHUTZ UND DIENSTLEISTUNGEN DER BUNDESWEHR EFERAT INFRA I 3
	3.1	Mit Sch	nreiben vom 06.07.20203
		3.1.1	Keine Bedenken
4	DEU	TSCHE TE	ELEKOM TECHNIK GMBH, T NL WEST TECHNIK NIEDERLASSUNG WEST
	4.1		nreiben vom 23.06.2020 4
		4.1.1	Keine Bedenken4
5	KRE	IS HEINSB	BERG: FEDERFÜHRUNG
	5.1		nreiben vom 29.07.2020
			Amt für Bauen und Wohnen, Gesundheitsamt, Untere Bodenschutzbehörde, Untere Naturschutzbehörde und Untere Wasserbehörde4
		5.1.2	Untere Immissionsschutzbehörde
6	GEO	LOGISCH	IER DIENST NORDRHEIN-WESTFALEN LANDESBETRIEB
	6.1	Mit Sch	nreiben vom 13.07.20205
		6.1.1	Erdbebengefährdung5
		6.1.2	Baugrund
7	INDU	JSTRIE- U	IND HANDELSKAMMER AACHEN
	7.1		nreiben vom 06.07.2020
		7.1.1	Keine Bedenken7
8	LAN	DESBETRI	IEB STRAßENBAU NRW, HS MÖNCHENGLADBACH REGIONALNIEDERLASSUNG NIEDERRHEIN
-			MÖNCHENGLADBACH
	8.1	Mit Sch	nreiben vom 01.07.2020
		8.1.1	Verweis auf parallelen Bebauungsplan Nr.53



9	LANI	IDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND, AMT FÜR LIEGENSCHAFTEN	7
	9.1	Mit Schreiben vom 28.07.2020	7
		9.1.1 Verweis auf Anhang	7
		9.1.2 Keine Bedenken	8
		9.1.3 Weitere Beteiligung	8
		9.1.4 Anhang: Stellungnahme des Fachbereichs 91.20-Landschaftliche Kulturpflege von 26.06.2020	
10	LANI	IDWIRTSCHAFTSKAMMER NORDRHEIN-WESTFALEN, KREISSTELLE HEINSBERG/VIERSEN	12
	10.1	Mit Schreiben vom 27.07.2020	12
		10.1.1 Bedenken zurückgestellt	12
11	LVR	- AMT FÜR BODENDENKMALPFLEGE IM RHEINLAND	13
	11.1	Mit Schreiben vom 13.07.2020	13
		11.1.1 Keine Konflikte	13
12	NEW	V NETZ GMBH	14
	12.1	Mit Schreiben vom 25.06.2020	14
		12.1.1 Keine Bedenken	14
13	VER	BANDSWASSERWERK GANGELT GMBH	14
	13.1	Mit Schreiben vom 24.06.2020	14
		13.1.1 Keine Bedenken	14

## **LEGENDE**

Frühzeitige Beteiligung, Offenlage, Erneute Offenlage, Textliche Festsetzungen und Hinweise

Stellungnahmen Abwägungsvorschläge Beschlussvorschläge

### 1 BEZIRKSREGIERUNG ARNSBERG – ABT. 6 BERGBAU UND ENERGIE IN NRW

### 1.1 Mit Schreiben vom 20.07.2020

### 1.1.1 Bergbau

bezüglich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung werden aus hiesiger Sicht keine Hinweise und Anregungen vorgetragen.

Hinsichtlich der bergbaulichen Verhältnisse teile ich Ihnen mit, dass sich die vorbezeichnete Planmaßnahme über dem auf Braunkohle verliehenen Bergwerksfeld "Havert 2" befindet. Eigentümerin dieses Bergwerksfeldes ist die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 Köln.

Ausweislich der derzeit hier vorliegenden Unterlagen ist im Bereich des Planvorhabens kein Abbau von Mineralien dokumentiert. Danach ist mit bergbaulichen Einwirkungen nicht zu rechnen.

Soweit eine entsprechende grundsätzliche Abstimmung mit dem Feldeseigentümer / Bergwerksunternehmer nicht bereits erfolgt ist, empfehle ich, diesem in Bezug auf mögliche zukünftige bergbauliche Planungen, zu bergbaulichen Einwirkungen aus bereits umgegangenem Bergbau sowie zu dort vorliegenden weiteren Informationen bzgl. bergschadensrelevanter Fragestellungen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Möglicherweise liegen dem Feldeseigentümer / Bergwerksunternehmer auch Informationen zu Bergbau in dem betreffenden Bereich vor, der hier nicht bekannt ist. Insbesondere sollte dem Feldeseigentümer / Bergwerksunternehmer dabei auch Gelegenheit gegeben werden, sich zum Erfordernis von Anpassungs- oder Sicherungsmaßnahmen zur Vermeidung von Bergschäden zu äußern. Diese Fragestellung ist

Die mit den bezeichneten Bergwerksfeldern verbundenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da alleinig durch die Lage des Plangebietes auf einem verliehenen Bergwerksfeld keine bodenrechtlichen Spannungen erzeugt werden und die Umsetzung des Vorhabens sowie die Ausübung der beabsichtigten Nutzung unberührt bleiben. Zusätzlich werden Aussagen bzgl. der vorgetragenen Belange in das Kapitel 2.1.8 "Kultur- und Sachgüter" und die darauf aufbauenden Kapitel des Umweltberichts aufgenommen.

Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

Stellungnahmen	Abwägungsvorschläge	Beschlussvorschläge
grundsätzlich privatrechtlich zwischen Grundeigentümer / Vorhabens- träger und Bergwerksunternehmer / Feldeseigentümer zu regeln.		
1.1.2 Sümpfungsmaßnahmen		
Jedoch ist der Planungs-/Vorhabensbereich nach den hier vorliegenden Unterlagen (Differenzenpläne mit Stand: 01.10.2016 aus dem Revierbericht, Bericht 1, Auswirkungen der Grundwasserabsenkung, des Sammelbescheides – Az.: 61.42.63 –2000–1 –) von durch Sümpfungsmaßnahmen des Braunkohlenbergbaus bedingten Grundwasserabsenkungen betroffen. Für die Stellungnahme wurden folgende Grundwasserleiter (nach Einteilung von Schneider & Thiele, 1965) betrachtet: Oberes Stockwerk, 9B, 8, 7, 6D, 6B, 2 – 5, 09, 07 Kölner Scholle, 05 Kölner Scholle.	Die mit den Sümpfungsmaßnahmen verbundenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da sie auf der nachgelagerten Ebene der Genehmigungs- bzw. Ausführungsplanung, beispielsweise durch bautechnische Maßnahmen abschließend bewältigt werden können. Zusätzlich werden Aussagen bzgl. der vorgetragenen Belange in das Kapitel 2.1.4 "Wasser" und die darauf aufbauenden Kapitel des Umweltberichts aufgenommen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.
Folgendes sollte daher berücksichtigt werden: Die Grundwasserabsenkungen werden, bedingt durch den fortschreitenden Betrieb der Braunkohlentagebaue, noch über einen längeren Zeitraum wirksam bleiben. Eine Zunahme der Beeinflussung der Grundwasserstände im Planungs-/Vorhabensgebiet in den nächsten Jahren ist nach heutigem Kenntnisstand nicht auszuschließen. Ferner ist nach Beendigung der bergbaulichen Sümpfungsmaßnahmen ein Grundwasserwiederanstieg zu erwarten.		
Sowohl im Zuge der Grundwasserabsenkung für den Braunkohletagebau als auch bei einem späteren Grundwasserwiederanstieg sind hierdurch bedingte Bodenbewegungen möglich. Diese können bei bestimmten geologischen Situationen zu Schäden an der Tagesoberfläche führen. Die		

Änderungen der Grundwasserflurabstände sowie die Möglichkeit von

Stellung	gnahmen	Abwägungsvorschläge	Beschlussvorschläge
Bodenb gung fir	bewegungen sollten bei Planungen und Vorhaben Berücksichti- nden.		
1.1.3	Weitere Beteiligung		
Anpassi wirkung Köln, so	pfehle Ihnen, diesbezüglich, zu zukünftigen Planungen sowie zu ungs- oder Sicherungsmaßnahmen bezüglich bergbaulicher Eingen eine Anfrage an die RWE Power AG, Stüttgenweg 2 in 50935 owie für konkrete Grundwasserdaten an den Erftverband, Am Ernd 6 in 50126 Bergheim; zu stellen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Die RWE Power AG und der Erftverband wurden am Verfahren beteiligt. Sofern diese Stellungnahmen abgegeben haben, wurden diese in die Abwägung eingestellt.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.
2	BEZIRKSREGIERUNG KÖLN – DEZ. 33 LÄNDLICHE ENTWI	CKLUNG UND BODENORDNUNG	
2.1	Mit Schreiben vom 08.07.2020		
2.1.1	Keine Bedenken		
tur und zeichne Planung	n von hier zu vertretenden Belangen der allgemeinen Landeskulder Landentwicklung werden keine Bedenken gegen das vorbete Planungsvorhaben vorgebracht.  gen bzw. Maßnahmen des Dezernates 33 sind in dem o.b. Bereich prgesehen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis ge- nommen.
3	BUNDESAMT FÜR INFRASTRUKTUR, UMWELTSCHUTZ UN	D DIENSTLEISTUNGEN DER BUNDESWEHR (BAIUDBW) REFERAT INF	RA I 3
3.1	Mit Schreiben vom 06.07.2020		
3.1.1	Keine Bedenken		
	die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene g werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beein- gt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis ge- nommen.

Stellungnahmen		Abwägungsvorschläge	Beschlussvorschläge	
Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.				
4	DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH, T NL WEST TECHNIK NIEDERLASSUNG WEST			
4.1	Mit Schreiben vom 23.06.2020			
4.1.1	Keine Bedenken			
Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 68 Abs. 1 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis ge- nommen.	
5	die Planung haben wir keine Bedenken.  KREIS HEINSBERG: FEDERFÜHRUNG			
5.1	Mit Schreiben vom 29.07.2020			
5.1.1	Amt für Bauen und Wohnen, Gesundheitsamt, Untere Bodenschutzbehörde, Untere Naturschutzbehörde und Untere Wasserbehörde			
	gend erhalten Sie die Gesamtstellungnahme des Kreises Heins- r Änderung Nr. N 22 - Höngen, Biesener Feld III.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis ge-	
untere	des Amtes für Bauen und Wohnen, des Gesundheitsamtes, der n Bodenschutzbehörde, der unteren Naturschutzbehörde sowie eren Wasserbehörde werden keine Bedenken geäußert.		nommen.	

Stellungnahmen Abwägungsvorschläge Beschlussvorschläge

5.1.2 Untere Immissionsschutzbehörde

Der Immissionsschutz nimmt wie folgt Stellung:

Für die angestrebte Änderung des Plangebietes innerhalb des o.g. Flächennutzungsplanes von einer Fläche für die Landwirtschaft (bisherige FNP-Darstellung) zu einer Wohnbaufläche, sind folgende Hinweise zu beachten:

In der näheren Umgebung des Plangebietes befinden sich landwirtschafte Betriebe, deren Betrieb nutzungsadäquate und saisonal erhöhte Geräusch- und Geruchsimmissionen mit sich bringen kann, welche sich allerdings innerhalb der gesetzlichen Vorgaben bewegen.

Die Errichtung und der Betrieb von Klima-, Kühl- und Lüftungsanlagen, Luft- und Wärmepumpen sowie Blockheizkraftwerken hat im Plangebiet unter Beachtung des "Leitfaden für die Verbesserung des Schutzes gegen Lärm bei stationären Geräten" der Bund/Länder-Arbeitsgemeinschaft für Immissionsschutz – LAI (www.lai-immissionsschutz.de) zu erfolgen.

Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Die Ausführungen bezüglich der Geräusch- und Geruchsimmissionen der landwirtschaftlichen Betriebe werden im Umweltbericht in das Kapitel 2.1.7 aufgenommen.

Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

### 6 GEOLOGISCHER DIENST NORDRHEIN-WESTFALEN LANDESBETRIEB

### 6.1 Mit Schreiben vom 13.07.2020

### 6.1.1 Erdbebengefährdung

Es wird auf die Bewertung der Erdbebengefährdung hingewiesen, die bei Planung und Bemessung üblicher Hochbauten gemäß den Technischen Baubestimmungen des Landes NRW mit DIN 4149:2005-04 "Bauten in deutschen Erdbebengebieten" zu berücksichtigen ist.

Die Erdbebengefährdung wird in DIN 4149:2005 durch die Zuordnung zu Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen eingestuft, die

Die mit der Erdbebengefährdung verbundenen Belange erfordern keine Änderung der Plankonzeption, da sie auf der nachgelagerten Ebene der Genehmigungs- bzw. Ausführungsplanung, beispielsweise durch bautechnische Maßnahmen abschließend bewältigt werden können. Zusätzlich werden Aussagen bzgl. der vorgetragenen Belange in das Kapitel

Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

Stellungnahmen	Abwägungsvorschläge	Beschlussvorschläge
anhand der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrund- klassen der Bundesrepublik Deutschland 1: 350 000, Bundesland Nord- rhein-Westfalen (Geologischer Dienst NRW 2006) bestimmt werden. In den Technischen Baubestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen wird auf die Verwendung dieser Kartengrundlage explizit hingewiesen.  Das hier relevante Planungsgebiet ist folgender Erdbebenzone / geolo- gischer Untergrundklasse zuzuordnen:  • Gemeinde Selfkant, Gemarkung Höngen: 2 / S  Bemerkung: DIN 4149:2005 wurde durch den Regelsetzer zurückgezo- gen und durch die Teile 1, 1/NA und 5 des Eurocode 8 (DIN EN 1998) er- setzt. Dieses Regelwerk ist jedoch bislang bauaufsichtlich nicht einge- führt. Anwendungsteile, die nicht durch DIN 4149 abgedeckt werden, sind als Stand der Technik zu berücksichtigen. Dies betrifft hier insbson- dere DIN EN 1998, Teil 5 "Gründungen, Stützbauwerke und geotechni-	2.3.7 "Anfälligkeit des Vorhabens für schwere Unfälle oder Katastrophen" des Umweltberichts aufgenommen.	
sche Aspekte".  Auf die Berücksichtigung der Bedeutungskategorien für Bauwerke gemäß DIN 4149:2005 bzw. Bedeutungsklassen der relevanten Teile von DIN EN 1998 und der jeweils entsprechenden Bedeutungsbeiwerte wird ausdrücklich hingewiesen.  Dies gilt insbesondere z. B. für große Wohnanlagen etc.		
6.1.2 Baugrund		
Etwa 50 m nordöstlich des Plangebietes verläuft der Höngener Sprung. Dieser ist meinen Informationen zufolge seismisch aktiv. Der exakte Verlauf der Störung ist nicht bekannt. Deshalb wird vom Geologischen Dienst NRW eine Störungszone ausgewiesen, die eine Breite von jeweils 100 m rechts und links der jeweiligen Störungslinie aufweist.		

Stellung	nahmen	Abwägungsvorschläge	Beschlussvorschläge
7	INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER AACHEN		
7.1	Mit Schreiben vom 06.07.2020		
7.1.1	Keine Bedenken		
schaft e berücks	vorgesehene Planentwurf die Belange der gewerblichen Wirt- ntweder gar nicht berührt oder - wo es der Fall ist - hinreichend ichtigt, bestehen seitens der Industrie- und Handelskammer chen keine Bedenken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis ge- nommen.
8	LANDESBETRIEB STRAßENBAU NRW, HS MÖNCHENGLAD	BACH REGIONALNIEDERLASSUNG NIEDERRHEIN / HAUPTSITZ MÖI	NCHENGLADBACH
8.1	Mit Schreiben vom 01.07.2020		
8.1.1	Verweis auf parallelen Bebauungsplan Nr.53		
ich verv Nr. 53.	veise auf meine Stellungnahme zum parallelen Bebauungsplan	Die Stellungnahme wurde im parallellaufenden Bebauungsplan berücksichtigt und in die Abwägung eingestellt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis ge- nommen.
9	LANDSCHAFTSVERBAND RHEINLAND, AMT FÜR LIEGENS	CHAFTEN	
9.1	Mit Schreiben vom 28.07.2020		
9.1.1	Verweis auf Anhang		
	t übersende ich Ihnen die Stellungnahme meines Fachbereiches andschaftliche Kulturpflege und bitte um Beachtung.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Der Anhang wurde in die Abwägung eingestellt (vgl. Nr. 9.1.4).	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

Stellungnahmen	Abwägungsvorschläge	Beschlussvorschläge
9.1.2 Keine Bedenken		
Ferner möchte ich Sie innerhalb meiner Stellungnahme darüber informieren, dass keine Betroffenheit bezogen auf Liegenschaften des LVR vorliegt und daher keine Bedenken gegen die o.g. Maßnahme geäußert werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis ge- nommen.
9.1.3 Weitere Beteiligung		
Diese Stellungnahme gilt nicht für das LVR Amt für Denkmalpflege im Rheinland in Pulheim und das LVR- Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland in Bonn; es wird darum gebeten, deren Stellungnahmen gesondert einzuholen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Die LVR Ämter für Denkmalpflege und Bodendenkmalpflege wurden am Verfahren beteiligt. Sofern diese Stellungnahmen abgegeben haben, wurden diese in die Abwägung eingestellt.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt.
9.1.4 Anhang: Stellungnahme des Fachbereichs 91.20-Landschaft	liche Kulturpflege vom 26.06.2020	
1. Allgemeine Hinweise  Zu den Kernkompetenzen des Landschaftsverbandes Rheinland zählt die Kulturlandschaftspflege. Im Sinne des ROG (2008¹) befasst sich diese mit den historisch geprägten und gewachsenen Kulturlandschaften im Rheinland. Übergreifend regelt das ROG §2 Abs. 2 Nr. 5: "Kulturlandschaften sind zu erhalten und zu entwickeln. Historisch geprägte und gewachsene Kulturlandschaften sind in ihren prägenden Merkmalen und mit ihren Kultur- und Naturdenkmälern zu erhalten."		Die Stellungnahme wird in Teilen berück- sichtigt.
Aus kulturlandschaftlicher Sicht sind für den Landschaftsverband Rheinland folgende Untersuchungsgegenstände bedeutsam:  • die im § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB aufgelisteten Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, die erhal-		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Raumordnungsgesetz vom 22. Dezember 2008 (BGBI. I S. 2986), zuletzt geändert durch Artikel 2 Absatz 15 des Gesetzes vom 20. Juli 2017 (BGBI. I S. 2808)

Stellungnahmen	Abwägungsvorschläge	Beschlussvorschläge
künstlerischer oder städtebaulicher Bedeutung und die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes sowie		
<ul> <li>die in § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB genannte Landschaftspflege sowie die ergänzenden Vorschriften zum Umweltschutz nach § 1a Abs. 2 und 3 BauGB,</li> </ul>		
<ul> <li>die in §1 Abs. 4 Nr. 1 BNatSchG geforderte Bewahrung historisch gewachsener Kulturlandschaften zur dauerhaften Sicherung der Vielfalt, Eigenart und Schönheit sowie des Erholungswertes von Natur und Landschaft.</li> </ul>		
2. Allgemeine Anmerkungen zur Umweltprüfung bezogen auf die historische Kulturlandschaft Als Grundlage der Umweltprüfung sollte das UVPG genannt werden. In der Neufassung des UVPG vom 8.9.2017 wurde unter anderem der Schutzgüterbegriff überarbeitet. In § 2 (1), 4 heißt es jetzt: "Schutzgüter im Sinnes des Gesetzes sind [] 4. kulturelles Erbe und sonstige Sachgüter." Diese inhaltliche Weitung des Begriffs bedeutet, dass nun nicht mehr nur das materielle Gut bzw. das dinglich fassbare kulturelle Erbe bzw. eingetragene Denkmal Berücksichtigung finden muss, sondern darüberhinausgehende kulturelle, d.h. insbesondere auch flächenwirksame Äußerungen (z.B. historische Kulturlandschaften) sowie das immaterielle Kulturerbe (vgl. Punkt 4. b) der Anlage 4 des UVP Berichts für die Umweltverträglichkeitsprüfung). <sup>2</sup> Historische Kulturlandschaften und Kulturlandschaftselemente prägen als Bestandteile des landschaftlichen kulturellen Erbes in ihrer Gesamtheit den Landschaftsraum. Ihre wertgebenden Merkmale (Elemente, Strukturen) unterliegen nicht zwangsläufig einem spezifischen Schutzstatus, so dass die Auswirkungen eines Planvorhabens auf die historischen Kulturlandschaften insgesamt und auf ihre wertgebenden Merkmale in einem Umweltbericht ermittelt werden müssen. Es wird empfohlen, die	Die Gemeinde Selfkant teilt die Auffassung, wonach die Vorgaben des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes (UVPG) bei der Aufstellung von Bauleitplänen nicht unberücksichtigt bleiben dürfen. Rechtsgrundlage für die Erstellung von Umweltprüfungen bei der Aufstellung von Bauleitplänen stellt jedoch das Baugesetzbuch (BauGB) dar. Gliederung und Aufbau des Umweltberichts ergeben sich aus der Anlage 1 zum BauGB. Demnach sind im Umweltbericht insbesondere die möglichen erheblichen Auswirkungen während der Bau- und Betriebsphase der geplanten Vorhaben auf die Belange nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 a) bis i) zu beschreiben. Nach 1 Abs. 6 Nr. 7 d) BauGB umfassen die Belange des Umweltschutzes u.A. umweltbezogene Auswirkungen auf Kulturgüter und sonstige Sachgüter. Insofern wurden die Begrifflichkeiten im Umweltbericht zutreffend gewählt und von diesbezüglichen Änderungen wird abgesehen. Die Betrachtung der vom Eingeber vorgetragenen Belange bleibt hiervon unberührt.	

 $<sup>^2\,\</sup>text{Gesetz}\,\,\ddot{\text{u}}\text{ber}\,\,\text{die}\,\,\text{Umweltvertr\"{a}glichkeitspr\"{u}fung}\,\,\text{(UVPG)}\,\,\text{vom}\,\,24.2.2010,\,\text{zuletzt}\,\,\text{ge\"{a}ndert}\,\,\text{durch}\,\,\text{Art.}\,\,2\,\,\text{G}\,\,\text{vom}\,\,8.9.2017$ 

Stellungnahmen			Abwägungsvorschläge	Beschlussvorsch
Terminologie im Teil II Umweltauswirkungen des Umweltberichtes anzu- passen und die inhaltliche Weitung des Schutzgutbegriffs bei der Prü- fung zu berücksichtigen.		3		
Schutzgut	Zu berücksichtige	ende Gesetze und Verordnungen		
Kulturelles Erbe (vorm.: Kultur- und Sachgüter)	Baugesetzbuch (Stand Juli 2017)	Berücksichtigung der Belange der Baukultur, des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, der erhaltenswerten Ortsteile, Straßen und Plätze von geschichtlicher, künstlerischer und städtebaulicher Bedeutung und der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes (§ 1 Abs. 6 Nr. 5); Berücksichtigung umweltbezogener Auswirkungen auf Kulturgüter- und sonstige Sachgüter (§1 Abs. 6 Nr. 7d)		
	Bundesnatur- schutzgesetz (Stand 07/2017)	Bewahrung historisch gewachsener Kulturlandschaften, auch mit ihren Kultur-, Bau- und Bodendenkmälern, vor Verunstaltung, Zersiedelung und sonstigen Beeinträchtigungen (§ 1 Abs. 4 Nr. 1)		
	Landesdenkmal- schutzgesetz (Stand 11/2016)	Denkmäler sind zu schützen, zu pflegen, sinnvoll zu nutzen und wissenschaftlich zu erforschen; bei öffentlichen Planungen und Maßnahmen sind die Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege angemessen zu berücksichtigen (§1 Abs. 1 und 3)		
	UVPG (Stand 08.09.2017)	"Schutzgüter im Sinnes des Gesetzes sind [] 4. kulturelles Erbe und sons- tige Sachgüter." (§ 2 (1), 4)		

Stellungnahmen			Abwägungsvorschläge	Beschlussvorschläge
3. Anmerkungen zur Beschreibung und Bewertung der Umweltauswirkungen Die Angaben im Umweltbericht müssen es der zuständigen Behörde ermöglichen, die Bewertung der Umweltauswirkungen des Vorhabens nachzuvollziehen und mit der eigenen Bewertung abzugleichen. Damit dies aus kulturlandschaftlicher Sicht möglich ist, müssen die Auswirkungen auf die Kulturlandschaftsbereiche der Ebene des Regionalplans Köln (KLB-RPK) und des Landesentwicklungsplanes (KLB-LEP) dargestellt und geprüft werden.  Das Plangebiet grenzt unmittelbar an den erhaltenswerten Kulturlandschaftsbereich 002 "Saeffler Bruch (Selfkant)" gem. dem Kulturlandschaftlichen Fachbeitrag Köln.			Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Aussagen zum Kulturlandschaftsbereich 002 "Saeffler Bruch" werden im Kapitel 2.1.8 "Kultur- und Sachgüter" des Umweltberichts sowie den darauf aufbauenden Kapiteln ergänzt.	
KLB	Bezeichnung; Beschreibung und Würdigung (Prägende Merkmale / Denkmäler)	Ziele		
002	Saeffeler Bruch (Selfkant) Auenbereich des Saeffeler Baches unterhalb Höngen, geprägt durch einzelne Herrenhäuser an beiden Terrassenkanten: Gut Alfens, Backsteinhofanlage (im Kern 17./18. Jh., Erweiterung 19. Jh.); Gut Wammen (Bodendenkmal), Dreiflügelanlage (18./19. Jh.); Gut Schwertscheid, vierflügelige Backsteinhofanlage (17./18. Jh.), Gut Burg bei Stein; Kirchdorf Havert mit Kirchturm von St. Gertrud als Landmarke; Grabenanlagen als weitere Bodendenkmäler, erhaltenes geoarchäologisches Archiv in den Ablagerungen der Selfkantaue.	1: Bewahren und Sichern der Elemente und Strukturen, von Ansichten und Sichträumen von historischen Stadt- und Ortskernen sowie des industriekulturellen Erbes 2: Bewahren und Sichern der Elemente, Strukturen und Sichträume von Adelssitzen und Hofanlagen 3: Bewahren des Kulturlandschaftsgefüges 4: Wahren als landschaftliche Dominante 9: Bewahren überlieferter naturnaher Landschaftsgelemente und -strukturen		
Im Umweltbericht ist der Kulturlandschaftsbereich zu nennen und mögliche negative Auswirkungen durch die Planung auf die wertgebenden Bestandteile zu prüfen.		•		
siste	Plangebiet befindet sich zudem im Ortsrandbe nten Übergang von Ortskern zur historischer :. Wir sehen diese Planung an dieser Stelle	Agrarstruktur dar-		

Stellungnahmen	Abwägungsvorschläge	Beschlussvorschläge		
historische Kulturlandschaftsgefüge stört und hier zu einer zusätzlichen				
Ausuferung des Ortes Höngen in Richtung eines erhaltenswerten Kul-				
turlandschaftsbereiches führt. Wir empfehlen nach einer Möglichkeit				
der Innenverdichtung zu suchen bzw. eine Ost-Erweiterung des Ortes				
Höngen zwischen Prunkweg und L410 anzustreben, da hier die Land-				
schaft bereits durch die L410 zerschnitten ist.				
10 LANDWIRTSCHAFTSKAMMER NORDRHEIN-WESTFALEN,	10 LANDWIRTSCHAFTSKAMMER NORDRHEIN-WESTFALEN, KREISSTELLE HEINSBERG/VIERSEN			
10.1 Mit Schreiben vom 27.07.2020				
10.1.1 Bedenken zurückgestellt				
aufgrund der geringen Größenordnung und aufgrund des unmittelbaren Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Be- Die Stellungnahn				
Anschlusses an vorhandene Bebauung werden Bedenken wegen der In-	denken oder Anregungen vorgetragen.	wird zur Kenntnis ge-		
anspruchnahme landwirtschaftlicher Flächen zurückgestellt		nommen.		

Stellungnahmen Abwägungsvorschläge Beschlussvorschläge

### 11 LVR – AMT FÜR BODENDENKMALPFLEGE IM RHEINLAND

### 11.1 Mit Schreiben vom 13.07.2020

### 11.1.1 Keine Konflikte

Auf Basis der derzeit für das Plangebiet verfügbaren Unterlagen sind keine Konflikte zwischen der Planung und den öffentlichen Interessen des Bodendenkmalschutzes zu erkennen. Zu beachten ist dabei jedoch, dass Untersuchungen zum Ist-Bestand an Bodendenkmälern in dieser Fläche nicht durchgeführt wurden. Von daher ist diesbezüglich nur eine Prognose möglich.

Ich verweise daher auf die Bestimmungen der §§ 15, 16 DSchG NRW (Meldepflicht- und Veränderungsverbot bei der Entdeckung von Bodendenkmälern) und bitte Sie, folgenden Hinweis in die Planungsunterlagen aufzunehmen: Bei Bodenbewegungen auftretende archäologische Funde und Befunde sind der Gemeinde als Untere Denkmalbehörde oder dem LVR-Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Außenstelle Nideggen, Zehnthofstraße 45, 52385 Nideggen, Tel.: 02425/9039- 0, Fax: 02425/9039-199, unverzüglich zu melden. Bodendenkmal und Fundstelle sind zunächst unverändert zu erhalten. Die Weisung des LVR-Amtes für Bodendenkmalpflege für den Fortgang der Arbeiten ist abzuwarten.

Die Stellungnahme wird berücksichtigt. Die LVR Ämter für Denkmalpflege und Bodendenkmalpflege wurden am Verfahren beteiligt. Sofern diese Stellungnahmen abgegeben haben, wurden diese in die Abwägung eingestellt. Ein entsprechender Hinweis wurde in den Bebauungsplan aufgenommen.

Die Stellungnahme wird berücksichtigt.

Stellungnahmen		Abwägungsvorschläge	Beschlussvorschläge	
12	NEW NETZ GMBH			
12.1	Mit Schreiben vom 25.06.2020			
12.1.1	1 Keine Bedenken			
Wir haben Ihre Anfrage geprüft und teilen Ihnen mit, dass gegen diese keine Bedenken vorliegen.		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es werden keine Bedenken oder Anregungen vorgetragen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis ge- nommen.	
13 VERBANDSWASSERWERK GANGELT GMBH				
13.1	1 Mit Schreiben vom 24.06.2020			
13.1.1 Keine Bedenken				
bauungs Grundsc Vorsorg von Was	e Änderung des Bebauungsplanes sowie der Aufstellung des Beplanes bestehen keine Bedenken. Der Brandschutz (hier: chutz) wird durch die VWG GmbH sichergestellt. Iich weisen wir darauf hin, dass im Ausbaubereich Altbestände sserversorgungsleitungen vorhanden sind. Diese Anlagen sind ehr in Betrieb.	Die vorgetragenen Belange betreffen die Ebene der Genehmigungsplanung bzw. Bauausführung. Der Netzausbau ist nicht Teil des Bauleitplanverfahrens, Insofern wird die Vollziehbarkeit der Planung nicht infrage gestellt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis ge- nommen.	